Ä14 zu EP-FR-01: C – WAS FRIEDEN SCHÜTZT

Antragsteller*innen Steffen Hagemann, Dorthe Siegmund, Tobias Balke, Christian Sterzing, Markus Heimbach

Antragstext

Von Zeile 890 bis 893:

~~Die Existenz und die Sicherheit Israels als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes mit gleichen Rechten für all seine Bürger*innen sind unverhandelbar. Für Frieden und Sicherheit braucht es eine Zweistaatenregelung mit der Schaffung eines souveränen, lebensfähigen und demokratischen Staates Palästina.~~

Die EU soll die Kräfte ihrer Mitgliedsstaaten für eine multilateral mit allen Konfliktparteien verhandelte Friedenslösung des israelisch-palästinensischen Konflikts bündeln und einsetzen. Wir wollen menschenwürdige Lebensverhältnisse für alle Menschen im Nahen Osten. Wir unterstützen die seit langem ersehnte Zweistaatenregelung. Der Staat Israel und alle seine Bürger*innen sollen in Freiheit und Sicherheit leben, seine Existenz und seine Grenzen sollen weltweit anerkannt werden. Ein souveräner, lebensfähiger und demokratischer Staat Palästina soll auf der Grundlage der Grenzen von 1967 entstehen und in die Vereinten Nationen aufgenommen werden. Wir sind aber auch offen für jede andere Friedenslösung, die die israelische und die palästinensische Seite nach freiem Willen miteinander vereinbaren, wie zum Beispiel das Zusammenleben in einer Konföderation. In jedem Fall sollen sich alle Israelis und alle Palästinenser*innen als gleichberechtigte Bürger*innen einer oder mehrerer freiheitlicher Demokratien mit gesicherter Rechtsstaatlichkeit wiederfinden. Wir sind entschieden gegen jeden Terror. Wir lehnen alle völkerrechtswidrigen Maßnahmen ab, besonders den immer weiter fortschreitenden Siedlungsbau und jeden Versuch, besetzte Gebiete zu annektieren. Wir beklagen die Verletzung des Humanitären Völkerrechts, die eskalierende Gewalt, zunehmende Drohungen, Diskriminierungen und Entrechtungen. Wir wollen weiterhin mit allen Kräften in Israel und Palästina solidarisch zusammenarbeiten, die sich gewaltfrei für die Einhaltung der Menschenrechte, gegen eine Spaltung der israelischen Gesellschaft, gegen die anhaltende Unterdrückung in der palästinensischen Gesellschaft, gegen eine Fortdauer der Besatzung und für einen gerechten und dauerhaften Frieden einsetzen. Die EU soll auf beide Seiten einwirken und diese aktiv zu zielführenden Friedensgesprächen

bewegen, ihre tatkräftige und großzügige Hilfe für die Friedensverwirklichung anbieten und bei den Vereinten Nationen entsprechende Zusagen erwirken.

Begründung

Die im Entwurf des Europawahlprogrammes auf den Zeilen 775 – 778 von https://antraege.gruene.de/49bdk/c-was-frieden-schutzt-26075 vorgesehenen zwei Sätze zu Israel und Palästina „*Die Existenz und die Sicherheit Israels als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes mit gleichen Rechten für alle seine Bürger*innen sind unverhandelbar. Für Frieden und Sicherheit braucht es eine Zweistaatenregelung mit der Schaffung eines souveränen, lebensfähigen und demokratischen Staates Palästina*“ werden der Bedeutung des Konflikts und der Notwendigkeit einer klaren grünen Positionierung nicht gerecht. Auch im gegenwertigen Europawahlprogramm und im Bundestagswahlprogramm wird das Thema deutlich ausführlicher behandelt.

Zwar mag der israelisch-palästinensische Konflikt an Bedeutung angesichts globaler und regionaler Entwicklungen scheinbar verloren haben, er bleibt für die deutsche Außenpolitik aber aus zweierlei Gründen zentral: erstens besitzt der Konflikt in den innenpolitischen Debatten hohe Aufmerksamkeit und braucht daher auch eine differenzierte Positionierung. Zweitens sind die Entwicklungen vor Ort angesichts der Annexionsbestrebungen der Regierung Netanyahu, der Bedrohung der Demokratie in Israel und des steigenden Gewaltniveaus besorgniserregend. Das Friedensengagement der EU und Deutschlands wird in dieser Nachbarregion gefordert bleiben.

Vor allem folgende Punkte bringen wir mit unserem Antrag ein:

1. Wir behalten das Bekenntnis zur Zweistaatenregelung bei, binden diese aber an völkerrechtliche Vorgaben, besonders die Orientierung an den Grenzen von 1967. Dies ist angesichts der Aufweichung von Kernprinzipien der Zweistaatenregelung, wie im Trump-Plan vorgenommen, notwendig. Dazu gehört auch die Unterstützung für einen souveränen, lebensfähigen und demokratischen Staat Palästina. Angesichts des Scheiterns des Friedensprozesses von Oslo und der sinkenden Unterstützung in beiden Bevölkerungen öffnet sich der Antrag auch für andere, von beiden Konfliktparteien vereinbarten Formen der Konfliktregelung.
2. Angesichts der Bedrohung der freiheitlichen Demokratie in Israel und von Autokratisierungsentwicklungen in der Palästinensischen Autonomiebehörde fordert der Änderungsantrag eine kraftvolle Unterstützung für die demokratische und rechtsstaatliche Entwicklung beider Gesellschaften.
3. Neben dem Bekenntnis zur Existenz Israels zählt auch das Bekenntnis zu Menschenrechten und Völkerrecht zu den Kernsäulen grüner Außenpolitik.

Dies wird im Antrag explizit aufgeführt. So wenden wir uns gegen Terror und Völkerrechtsverstöße wie den Siedlungsbau oder Versuche der Annexion. Angesichts der gegenwärtigen Entwicklungen ist dies ein klares und notwendiges Signal.

4. Trotz ihrer Marginalisierung kämpfen viele Menschen in Israel und Palästina mutig und ausdauernd für Frieden und Demokratie und ein Ende der Besatzung. Diese Menschen und Initiativen wollen wir solidarisch unterstützen.
5. Wir unterstützen eine aktive Rolle der Europäischen Union. Schon als größter Geber der Palästinensischen Autonomiebehörde und durch die enge Partnerschaft mit Israel sollte die EU nicht nur reaktiv agieren, sondern sich proaktiv für eine gerechte Konfliktregelung einzusetzen.

Gern erläutern wir Euch auf Nachfrage mehr, freundliche bündnisgrüne Grüße, Eure AG Israel/Palästina.